

Kahlschlag?

Es gibt Alternativen zwischen Abholzen und unberührt lassen

Der Wald auf dem MUNA-Gelände soll einem Industrie- und Gewerbegebiet weichen: **GAZ** Seite 3.

Man muss nicht Totalverweigerer sein, wenn man den Hauptmoorwald auf dem MUNA-Gelände schützen will. Zumal es aufgrund der historischen Nutzung als Militärfläche Teilbereiche gibt, die der Natur auch jetzt noch entzogen sind. Flächenfressende Industriekolosse oder verkehrsintensive Logistikzentren wären hier fehl am Platz. Stattdessen sind Kreativität, Behutsamkeit und Gespür für die Besonderheiten des Geländes gefragt. Das Wald-Ambiente könnte als Standortfaktor und Alleinstellungsmerkmal eingesetzt werden, um Teilbereiche der MUNA für sanftes Gewerbe zu nutzen und zu vermarkten.

Es gibt Beispiele, bei denen Gewerbe und Natur eine Symbiose eingehen, die einerseits die Natur weitestgehend erhält, andererseits aber doch Raum für einzigartiges Arbeiten und wirtschaftlichen Gewinn schafft. Die GAL hat auf gaznet.de einige zusammengetragen.



Grillen, ohne den Wald zu killen

Grills in deutschen Gärten werden größtenteils mit Grillkohle aus Südamerika befeuert – doch das muss nicht sein!



Foto: K. Riemer / pixabay.com

Familie Meier freut sich. Der Sommer ist endlich nach Bamberg gekommen. Heute haben sie Freunde eingeladen, und auf der Terrasse soll der Grill angeworfen werden. Die brasilianischen Rindersteaks warten schon im Kühlschrank.

Ein fröhlicher Abend im Freien steht an, gute Laune und über allem herrlicher Duft nach Grilltem ...

Informieren sich Meiers über die Folgen, kann ihnen der Spaß an der Party erst einmal vergehen: Etwa 300.000 Ton-

nen Grillkohle landen jährlich auf Deutschlands Grills. Knapp zwei Drittel der benötigten Holzmenge stammen aus südamerikanischen Tropenwäldern, aus Argentinien, Paraguay und Bolivien. Da Tropenwälder unerlässlich für den Schutz des Weltklimas sind, kann das unbedachte Grillen dem globalen Klimaschutz massiv schaden.

Das bedeutet aber keineswegs, dass auf die Grillpartys verzichtet werden muss. Man sollte nur beim Einkaufen der Kohle genau hinschauen. Der WWF empfiehlt, auf das Siegel des Forest Stewardship Council (FSC) zu achten. Das FSC-Siegel gewährleistet, dass alle Rohstoffe aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen. Gezeichnete Grillkohle ist in vielen Supermärkten und Bau-

märkten erhältlich und ist auch nicht teurer als Produkte ohne Nachhaltigkeitsgarantie.

„Die richtige Grillkohle zu kaufen tut keinem weh“, so Johannes Zahnen, Forstexperte beim WWF. „Für sein gegrilltes Steak will doch niemand unnötig Wälder abfackeln.“

Einen besonderen Tipp hat der Naturschutzbund: Briketts aus den Abfällen der Olivenölpressung, aus Kernen, Schalen und Fruchtfleischresten. In Griechenland ist die Heizkraft dieser Rückstände seit langem bekannt, aber jetzt auch in Baumärkten hierzulande erhältlich. Auch für die Grillfreund*innen

in Deutschland stellen diese Briketts eine umweltfreundliche, wenn auch teurere Alternative dar: Sie werden nicht nur nachhaltig, sondern sogar müllvermeidend produziert. Da sie sehr schnell zünden, lang brennen und besonders wenig Rauch entwickeln, sind sie für das Grillen auf der Terrasse oder dem Balkon besonders geeignet.

Umweltbewusstsein können Grillfreunde aber nicht nur bei der Wahl der Kohle, sondern auch bei der Wahl des Grillanzünders beweisen: Statt übel riechender chemischer Brandbeschleuniger empfiehlt der

WWF, einen Kaminanzünder zu verwenden. Bei der Herstellung solch eines Anzünders aus Holzfasern werden keine chemischen oder synthetischen Komponenten benutzt.

So steht Meiers perfekter Grillparty nichts mehr im Weg. Oder doch? Damit sie ihre brasilianischen Rindersteaks genießen können, werden große Teile der Amazonas-Wälder als Weideflächen abgeholzt. Wenn Herr Meier also vor dem nächsten Grillabend Bio-Fleisch aus der Region kauft, ist auch hier eine umweltbewusste Lösung gefunden. Und es schmeckt einfach gut!

Mehr Infos:

<http://www.wwf.de/aktiv-werden/tipps-für-den-alltag/holz-und-papier/oekologisch-grillen>
<https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/essen-und-trinken/fleisch/15000.html>

100 % – mehr geht doch nicht, oder?

„100 Prozent Ökostrom – 100 Prozent pure Wasserkraft“ – So preisen die Stadtwerke auf Großplakaten die Umsetzung der Energiewende an.

Neuerdings kommt der Strom, den die Stadtwerke an der Strombörse einkaufen und dann an ihre Kund*innen weiterverkaufen, ausschließlich aus Wasserkraftwerken, vorher war beim Strommix auch Kohle dabei. Doch dies als Energiewende zu präsentieren, ist Etikettenschwindel, denn der nun eingekaufte Ökostrom stammt aus bereits bestehenden Wasserkraftwerken in ganz Europa und nicht etwa aus zusätzlichen regenerativen Kraftwerken. Den sauberen Strom gab es also schon vorher.

Trotzdem behaupten die Stadtwerke, dass durch die Umstellung jährlich über 170.000 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid eingespart würden. Zum Beweis wird das Bild eines großen Stromsees bemüht, in dem nun angeblich mehr grüner Strom eingespeist würde als vorher, damit auch die Stadtwerke ihren Kunden 100 Prozent Ökostrom anbieten können. Doch das ist marketingtechnische Augenwischerei, denn es wird kein Gramm

CO₂ eingespart. Die Wasserkraftwerke haben bisher schon Strom produziert und ersetzen nicht, wie mit dem Bild vom Stromsee suggeriert wird, fossilen Strom oder Atomstrom.

Uwe Leprich, Professor an der Universität für Technik und Wirtschaft in Saarbrücken, wird in der Zeitschrift „Öko-test“ mit der Aussage zitiert: „In wissenschaftlich strengem Sinne wird ökologisch korrekter Strom in Anlagen erzeugt, die wegen der Öko-Stromnachfrage zusätzlich errichtet werden.“ Nur dadurch sei zu erreichen, dass aus der Nachfrage auch ein „ökologischer Zusatznutzen“ resultiere.

Zur Verdeutlichung wählen wir ein anderes Bild: Wir haben drei Kugeln grünes Pistazieneis, drei Kugeln braunes Schokoladeneis und drei Kunden. Jeder Kunde bekommt eine Kugel Pistazieneis und eine Kugel Schokoladeis, also insgesamt zwei Kugeln. Jetzt möchte einer aber lieber zwei Kugeln Pistazie, so bleibt nur noch eine Kugel Pistazie übrig. Die

beiden anderen Eisliebhaber erhalten nun also jeweils nur noch eine halbe Kugel Pistazie, dafür aber anderthalb Kugeln Schoko. In der Summe bleibt es bei drei Kugeln Pistazie und drei Kugeln Schoko.

Öko-Strom für die grünen Verbraucher, konventionellen für den großen Rest, dem egal ist, wie der Strom erzeugt wurde. Bei diesem Rest wird der Anteil des ohnehin im Mix vorhandenen grünen Stroms halt ein wenig geringer. Wollten die Stadtwerke wirklich Kohlendioxid einsparen, so müssten sie die Menge des neu produzierten „Pistazieneises“ erhöhen. Mit dem Kauf von Strom aus Wasserkraft wird zwar die Nachfrage gesteigert und das kann den Markt natürlich in die richtige Richtung beeinflussen, aber für eine Energiewende müssten die Stadtwerke selbst aktiv und produktiv werden. Beim Stadtwerke-Tarif BestNatur ist dies zumindest im Ansatz der Fall, da darin 0,5 Cent des Strompreises für den Bau neuer Anlagen verwendet

werden, die grünen Strom herstellen. Beim am meisten verbreiteten Tarif BestPrivat jedoch ist kein extra Betrag für die Neuanlagenförderung enthalten.

Den großen Worten der Stadtwerke folgen bisher nur kleine Taten, so dass sie das selbst gesteckte und eher bescheidene Ziel von einem Zubau oder Zukauf von 1 Megawatt Leistung pro Jahr erneuerbarer Kraftwerkskapazität mit jährlich (seit 2011) unter 0,5 Megawatt noch deutlich verfehlen.

Von daher sagt die GAL: Ein Marketing-Gag macht noch keine Energiewende. Und letztendlich gilt immer noch die Erkenntnis: Der beste Öko-Strom ist der Strom, der gar nicht verbraucht wird.

Har

Gut zum Fuß – gut zur Umwelt – GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

... natürlich bequem!



Bei uns erhalten Sie

Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Schrottfahrräder melden!

Schrottreifes Fahrrad in der Straße um die Ecke? Ein nur noch halb vollständiger Drahtesel blockiert die Lieblingsabsperrstange vor dem Supermarkt? Plattes und lange nicht mehr bewegtes Zweirad vor der Kneipe?

Melden! Nach einem Antrag der GAL gibt es dafür jetzt auch eine Meldestelle bei der Stadt: fundfahrrad@stadt.bamberg.de oder Tel. 871293. (Genaue Standortangabe und am besten ein Foto per E-Mail schicken).

Auf die Räder wird eine offizielle Besitzerbenachrichtigung geklebt, und wenn der Besitzer oder die Besitzerin nicht reagiert, werden die Gefährte nach ca. acht Wochen entsorgt.

FEIERN SIE MIT UNS!
Ein Jahr voller Aktionen und Überraschungen für Sie!

DER RADLADEN
FREUDE AUF ZWEI RÄDERN.

BAMBERG
STEINWEG 4A
TEL: 0951-57853

RADLADEN-BAMBERG.DE

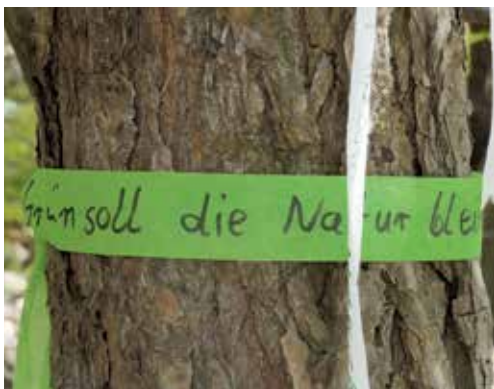
Der neue GAL-Vorstand

wurde im Mai gewählt: Von links Christian Hader, Anna Friedrich, Helmut Schubert (Schatzmeister), Ursula Sowa und Jonas Glüsenkamp. Die einzelnen Vorstandsmitglieder können Sie per Film auf Youtube kennen lernen: www.youtube.com > GAL Bamberg.

Ein Wald ist ein Wald ist ein Wald



„73 ha Hauptsmoorwald. Die SPD wird sich nicht an einem solchen Verbrechen gegen die Natur beteiligen.“ Klaus Stieringer, SPD-Fraktionsvorsitzender, am 27. April bei der Stadtratssitzung zum Thema Bahnausbau-Ostvariante



Die mit einer Ost-Variante verbundene Waldvernichtung „ist eine Sünde an unserer Natur und macht die Biodiversitätsstrategie der Stadt zur Makulatur.“ Dr. Helmut Müller, CSU-Fraktionsvorsitzender, am 27. April bei der Stadtratssitzung zum Thema Bahnausbau-Ostvariante



Der eine Hauptsmoorwald-Baum ist unbedingt erhaltenswert und darf keinesfalls dem Bahnausbau zum Opfer fallen – sein Kollege ein paar 100 Meter weiter hingegen ist viel weniger liebenswert, denn er wurzelt ausgerechnet dort, wo die Stadtplanung im Rathaus und die schwarz-rote GroKo ihre Industrie- und Gewerbeträume verortet haben. Zweierlei Maß!

In seiner April-Sitzung sprach sich der Bamberger Stadtrat mit 26 zu 16 Stimmen klar gegen jegliche Variante der Ostumfahrung beim Bahnausbau auf Bamberger Stadtgebiet aus. In der Stellungnahme der Stadt zum Bundesverkehrswegeplan heißt es seither, dass diese „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jegliche Form einer Ostumfahrung“ vorgehen werde. Hauptgrund dafür war der große Waldverlust, der mit dem Bau einer Bahntrasse durch den Hauptsmoorwald verbunden wäre.

46,7 ha abgeholzter Wald – nicht hinnehmbar!

Tatsächlich, bei der von der Deutschen Bahn im Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Ostumfahrung für ICE- und Güterzüge mit bis zu 230 km/h müssten 46,7 Hektar Bannwald auf städtischem Gebiet abgeholzt werden. Denn auf Großteilen der Strecke wäre eine Schneise von 72 Metern Breite nötig wegen vorgeschriebener hoher Sicherheitsabstände zum Wald von 33 Metern. Diese Variante war für alle Stadtratsmitglieder nicht hinnehmbar.

Möglicherweise anders hätte die Einschätzung bei der Variante „eingehauste und getunnelte Güterzugumfahrung“ ausgesehen, die von der Bürgerinitiative BAHnsinn seit Jahren in der Diskussion gehalten wurde. Hier hätten nur Güterzüge die Umfahrung genutzt, mit geringerer Geschwindigkeit näher an der Autobahn und wegen der Einhausung mit weniger Sicherheitsabstand zum Wald. Laut nicht nachgeprüfter Angaben von BAHnsinn hätte der Flächenverbrauch deshalb „nur“ bei 20 Hektar gelegen. Doch zu einer Prüfung dieser Angaben ist es nie gekommen. Anträge aus den Reihen der 16 Gegenstimmen (darunter auch die GAL) wurden abgelehnt.

Viel vom hoch geschätzten Wald als Lebensraum für Menschen, Pflanzen und Tiere, von altem wertvollem Baumbestand, ökologischer und

Schießplatz – Sandmagerrasen

Zwar keine Waldfläche, aber auch betroffen von den Plänen für eine Industrie- und Gewerbegebiet ist die Sandmagerrasenfläche auf dem Schießplatz. Nicht zuletzt aufgrund seiner zusammenhängenden Fläche (ca. 6,5 Hektar) ist der Sandmagerrasen von höchstem naturschutzfachlichem Wert und bayernweit bedeutsam.

Es gibt dort eine Reihe gesetzlich geschützter Biotoptypen (Sandmagerrasen, Borstgrasrasen, Zwergstrauchheiden); 22 Pflanzenarten der Roten Liste sind dort heimisch; 130 verschiedene Nachfalterarten wurden nachgewiesen, darunter 6 Arten der Roten Liste.

Würden die Bebauungspläne verwirklicht, wäre die Hälfte des Sandmagerrasenkomplexes verloren, die verbliebenen Reste würden durch eine breite Straße zerteilt. Das Gebiet wäre isoliert, in seiner Wertigkeit massiv herabgesetzt, die Artenvielfalt stark reduziert.

Erholungsfunktion war in der Sitzung die Rede. Und das ja durchaus zu Recht. Der Hauptsmoorwald darf – auch in Teilen – zu keiner Zeit und bei keinem Projekt mal eben so leichtfertig geopfert werden.

85 ha abgeholzter Wald – geplant und erwünscht

Doch es mutet ziemlich scheinheilig an, wie lax Stadt und Stadtratsmehrheit an anderer Stelle mit genau demselben Wald umgehen. Sobald die Stadt das ehemalige MUNA-Gelände und den Schießplatz aus dem Eigentum des Bundes erwerben kann, will sie dort ein riesiges Industrie- und Gewerbegebiet einrichten, ergänzt um weitere angrenzende Staatswaldflächen. Dafür sollen mehr als 85 Hektar Wald abgeholzt werden – ja genau, Waldfläche aus demselben Hauptsmoorwald im Osten der Stadt, mit starken Eichen und Kieferbeständen. Plötzlich sind diese Bäume gar nicht mehr so viel wert, der Erholungsfaktor kaum relevant und ökologische Verluste sollen halt irgendwie ausgeglichen werden (obwohl im Bebauungsplan-Entwurf dafür keine konkreten Flächen genannt werden).

Das MUNA-Gelände wird seit Beginn der 90er Jahre vom Bundesforst als naturnaher Wald genutzt. Die noch erhaltenen 63 Bunkerbauten, zu Zeiten der Weltkriege als Munitionslager genutzt, sind heute komplett mit Bäumen überwachsen und gelten ebenfalls als Waldflächen im Sinne des Waldgesetzes. Sie machen ohnehin weit weniger als 1% der abzuholenden Waldfläche aus. Das Landschaftsentwicklungskonzept für die Region „Oberfranken-West“ (LEK) weist dem Gebiet eine hohe Bedeutung für den Naturhaushalt zu, aber auch für das angrenzende Siedlungsgebiet von Bamberg, und zwar in klimatischer und lufthygienischer Hinsicht. Das LEK empfiehlt, den bestehenden Ortsrand entlang der Armeestraße und nördlich der Geisfelder Straße nicht zu überschreiten.

Stadt und Stadtrat müssen seriös entscheiden. Die Vorteile eines jeden Projekts müssen gegen dessen Nachteile abgewogen werden, Schaden gegen Nutzen, Gewinn gegen Verlust. Aber dabei muss das Maß verlässlich sein und der Abwägungsprozess transparent. Ein Baum kann nicht einmal ganz viel und einmal ganz wenig wert sein. So wird die Politik doppelzüngig und unglaubwürdig.

Zahlen aus dem B-Plan-Entwurf „Gewerbepark Geisfelder Straße“

Nettoneubaufäche: 75 ha (davon 14 ha Gewerbe, 51 ha Industrie)
Ausweisung neuer Verkehrsflächen: 25 ha
Zu rodender Wald: 85 ha (entspricht ca. 120 Fußballfeldern)
Verlust von Freilandflächen (auch Sandmagerrasen): 12 ha
Gebäudegröße möglich bis 40 m hoch und 50 m lang



Zu den Fotos: Im Mai lud der Bund Naturschutz zur Aktion „Mai Baam“ im Hauptsmoorwald ein. Bürgerinnen und Bürger konnten „ihren“ Baum mit einem Band markieren und so ihre Forderung nach Erhalt des Hauptsmoorwalds demonstrieren. Über 400 kamen zu der Aktion. (Dank an den BN für die Fotos)



- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf

Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33

E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

Familienfreundlichkeit mit Lücken

Die Schere zwischen Bedarf an Kinderbetreuung und Angebot von Kita-Plätzen geht immer weiter auseinander – und die Stadt reagiert träge bis gar nicht.

Bamberg wächst: Es gibt eine steigende Geburtenrate in Bamberg und es gibt Zugang von Familien. Die Stadt, die sich selbst immer als familienfreundlich rühmt und sogar eine eigene Homepage mit dem Titel Bamberg-familienfreundlich betreibt, sollte darüber doch freudig gestimmt sein, oder?

Aber na ja, irgendwie eben doch nicht, denn nun steht die Stadt „zunehmend vor (dem) Problem“, dass diese Kinder halt auch Kinderbetreuungsplätze brauchen. Und da langt es hinten und vorne nicht, wie ein Bericht des Jugendamts im letzten Jugendhilfeausschuss erneut belegte. Schon die Einleitung des Berichts ist eines Zitats wert: „Allein scheitert ein weiterer Ausbau an der Finanzlage der Stadt Bamberg. Dennoch müssen wir auf die aktuellen Zahlen und die Entwicklung in diesem Bereich hinweisen, was wir im Folgenden tun: (...)“

Und dann kommt die peinliche Wahrheit in Zahlen und Grafiken.

Zu wenig Krippenplätze

Aktuell gibt es in der Stadt 464 Krippenplätze. Demgegenüber stehen 1.264 Kinder,

die über ein Jahr alt sind und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Eine schlechte Quote, die das Jugendamt aber noch ein bisschen runter rechnen kann, weil gut 100 Kinder Krippen im Umland besuchen oder in Kindergärten betreut werden. Man geht also von einem Versorgungsgrad von 48% aus, konstatiert aber gleichzeitig zerknirscht, dass diese Quote vor drei Jahren schon mal bei 52% lag.

Das familienfreundliche Bamberg, das so viel für Familien tut, steht also heute noch schlechter da als vor drei Jahren? Beachtlich!

Zu wenig Kindergartenplätze

Für Kinder über drei Jahre gibt es derzeit 31 Kindertagesstätten mit 1.929 Plätzen. Hört sich viel an und ist dennoch zu wenig – und vor allem: Auch hier spitzt sich die Situation zu. Gab es im Jahr 2014 noch einigermaßen Übereinstimmung zwischen Bedarf und Angebot, prognostiziert man für das Jahr 2018 fehlende 267 Kindergartenplätze. Und bei diesen Prognosen sind noch nicht einmal die Kinder mitgerechnet, die durch Flüchtlinge oder neue Wohngebiete (Glaskontor/Ula-

nenpark, Konversionsgelände, Megalith, ...) zusätzlich zu erwarten sind.

Es muss also dringend etwas getan werden, im ach so familienfreundlichen Bamberg. Und so merkt der bereits zitierte Sitzungsbericht aus der Feder des Jugendamts denn auch an: „Bei allen noch so kreativen Überlegungen (...) wird man jedoch

nicht daran vorbei kommen, dass die Schaffung neuer Plätze Geld kosten wird.“

Investitionsplanung weit vom Bedarf entfernt

Genau! Nur beim Geld hört die Familienfreundlichkeit dann

doch immer schnell auf. Eine eigene Kinderbetreuungseinrichtung betreibt die Stadt nicht. Betriebliche Kitas in städtischen Betrieben – auch Fehlanzeige. Die Stadt reagiert lediglich auf die Aktivitäten der Träger und bezuschusst diese nach den gesetzlichen Vorgaben. Grob gesagt, kostet die Neuschaffung eines Kita-Platzes ca. 20.000 bis 30.000 Euro. Der Kostenanteil, den die Kommune zu tragen hat – sofern das Bauvorhaben als „bedarfsnotwendig“ im gesetzlichen Sinne gilt – liegt bei ca. 40

Prozent, also ca. 8.000 Euro.

Bis zum Jahr 2022 ist nach aktueller Planung mit insgesamt 113 neuen Plätzen für Kinder in Kinderkrippen (unter drei Jahre) und Kindergärten (über drei Jahre) zu rechnen (siehe Tabelle) – alles Neu- bzw. Ausbauten von Trägern. Was tatsächlich gebraucht wird, ist jedoch ein Mehrfaches.

Es gibt also noch viel zu tun und zu finanzieren. Und wenn die Stadt tatsächlich familienfreundlich sein will, sollte sie endlich selbst aktiv werden.

sys / tra

Städtische Investitionsplanung für Ausbau und Neubau von Kindertageseinrichtungen (Planungsstand Mai 2016):

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Neu hinzukommende Kita-Plätze	0	37	35	17	12	0	12



Foto: drubig-photo / www.fotolia.de

Leben mit Tablettenkarussell und Bewegungsmeldern

Immer mehr alte Menschen werden dement, sind aber körperlich noch zu einem selbständigen Leben in der Lage. Ist das möglich und machbar, und wenn ja, wie? Unser Gastautor Anton Zahneisen berichtet über die letzten Jahre seiner dementen Mutter und wie ihr die Familie ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben erhalten konnte.

Mit der Demenz meiner Mutter veränderte sich viel. Früher lebten in dem Mehrfamilienhaus inmitten der Stadt 16 Personen, zuletzt waren es vier, verteilt auf vier Etagen. Mein Vater starb vor zehn Jahren. Aber mit der Demenz lebte er wieder auf. Der Frühstückstisch wurde jeden Morgen für ihn mitgedeckt, ein Marmeladenbrot liebevoll geschmiert, Kaffee gekocht.

Es begann, als meine Mutter 88 Jahre alt war. Wir sitzen im Wohnzimmer, das Telefon läutet und meine Mutter schaut ratlos auf das klingelnde, schnurlose Gerät auf dem Wohnzimmertisch. Willst du nicht abnehmen, frage ich.

Meine Mutter nimmt das Telefon in die Hand, dreht es und ist ratlos.

Weg, die Fähigkeit, ein modernes Telefon zu bedienen war einfach aus ihrem Wissensfundus gelöscht. Wir besorgten ein altes Telefon, mit Hörer und Tasten. Abheben, auf das Freizeichen warten, Nummer eingeben, Klingelzeichen abwarten, sprechen. Das alte Wissen war noch da.

Einiges klappte deshalb noch: Aufstehen, sich anziehen, Ordnung halten, die Haustür abschließen. Für vieles brauchte sie jedoch Hilfe und Unterstützung. Und der Unterstützungsbedarf nahm täglich ein bisschen zu.

Alleine wohnen – geht das gut?

Ja und nein. Ja, weil meine Schwester und ich viel getan haben, dass nichts passieren kann. Nein, weil ohne Präsenz helfender Hände die Versorgung nicht mehr sicher gewesen wäre. Viermal die Woche kam eine Hauswirtschaftlerin für drei Stunden. Sie räumte auf, putzte, kochte und aß zusammen mit unserer Mutter. Am Wochenende kümmerten wir uns selbst. Samstag war Badetag. Am Sonntag ging man zum Essen. An den übrigen Tagen kam „Essen auf Rädern“ und wir schauten, dass immer jemand da war und mit ihr aß. Die Nachbarin kümmerte sich ab und zu, die Schwester meiner Mutter kam vorbei und brachte immer etwas Zeit mit.

Wie verhindern, dass etwas passiert?

Einmal will unsere Mutter eine Klopapierrolle aufräumen. In der Abstellkammer steht noch die alte Mikrowelle, die sie schon lange nicht mehr bedienen kann. Gedankenlos öff-

net sie das Gerät, legt die Rolle hinein, schließt es und drückt auf die richtige Taste. Meine Mutter macht die Tür zur Abstellkammer zu und nach wenigen Minuten fängt es an zu qualmen und zu brennen. Mit finanzieller Unterstützung der Pflegeversicherung hatten wir jedoch kurz zuvor ein umfassendes Technikpaket installiert, das für Sicherheit sorgen sollte. Dazu gehörten auch Rauchmelder, die direkt auf eine Notrufzentrale geschaltet sind. Nach wenigen Minuten sind Feuerwehr und Notarzt eingetroffen. Der Zugang zur Wohnung ist durch einen Schlüsseltresor neben der Haustür ohne Probleme möglich. Der Zugangscode wird durch die Notrufzentrale mitgeteilt. Der Brand wird gelöscht, meine Mutter beruhigt, wir Angehörige verständigt. Kurz darauf war in der Lokalzeitung von einem ähnlichen Fall zu lesen. Das Fazit dort: Die Seniorin tot, 500.000 Euro Sachschaden.

Ohne Technik wäre es nicht gegangen

Außer den Rauchmeldern gab es noch mehr: Ein Wassermelder sorgte dafür, dass austretendes Wasser im Bad erkannt und gemeldet worden wäre. Eine automatische Herdabschaltung hätte zu große Hitze und Rauch erkannt. Ein automatisches Nachtlicht sorg-

te für Sicherheit auf dem Weg zur Toilette. Ein Tabletten-Karussell erinnerte an die Medikamenteneinnahme. Ein intelligenter Hausnotruf erkannte Bewegungslosigkeit und hätte selbständig die Notrufzentrale alarmiert. Wenn meine Mutter das Haus verließ, erhielt ich eine SMS, ebenso wenn sie zurückkehrte. Fünf Bewegungsmelder und ein Sensor an der Wohnungstür halfen uns, zu erkennen, ob alles in Ordnung ist. Vom eigenen PC aus konnte ich sehen, ob und seit wann die Wohnungstür geschlossen war oder wo die letzte Bewegung stattgefunden hat. Wir konnten aus der Ferne die Heizung steuern und unsere Mutter innerhalb und außerhalb der Wohnung anrufen, da ihr neues Notrufarmband wie ein Telefon genutzt werden konnte.

Kann man da noch ruhig schlafen?

Die Sorge um unsere Mutter war immer vorhanden. Meine Schwester und ich redeten viel miteinander und prüften regelmäßig, ob weitere Maßnahmen notwendig waren. Auch über Kameras in der Wohnung, also eine Art Videoüberwachung dachten wir nach, entschieden uns aber dagegen. Auch wenn meine Mutter dement war, verdiente sie doch unseren vollen Respekt und den Schutz ihrer Privatsphäre. Obwohl sie dieser Maßnahme sicher zuge-

stimmt hätte – um unsere Unterstützung nicht zu verlieren, denn sie wusste, wie sehr sie uns braucht. Aus diesem Abhängigkeitsverhältnis wäre aber ein Machtmissbrauch geworden, der überdies noch die letzten Freunde und Nachbarn von ihren Besuchen abgehalten hätte.

War das Zuhause Wohnen mit all dem Aufwand richtig? Wir meinen ja! Meine Mutter war in ihrer Wohnung 60 Jahre lang zuhause, fühlte sich daheim, kannte sich aus, hatte ihren eigenen Haushalt und einen selbst bestimmten Alltag. Ich erinnere mich, dass meine Mutter vor eineinhalb Jahren wegen Wohnungsrenovierung für vier Wochen bei ihrer Schwester wohnte, wo sie wie im Hotel umsorgt wurde. Aber das führte dazu, dass Kernkompetenzen verloren gingen, die danach wieder neu gelernt werden mussten: Spülmaschine und Waschmaschine bedienen, Kaffee kochen usw. Im Pflegeheim wäre es dasselbe gewesen. Meine Mutter starb im Januar 2016, zuhause. Das war ihr Wunsch, der in ihrer Vorsorgevollmacht auch schriftlich dargelegt war. Noch am Vormittag ihres Sterbetages wollte die Ärztin sie ins Krankenhaus einweisen. Wir lehnten das ab. Sie starb daheim im Kreise ihrer Familie. Wir waren bei ihr und haben ihre Hand gehalten.

Anton Zahneisen



„Die Seniorinnen und Senioren von morgen brauchen unsere Kreativität schon heute“

Dass Menschen immer älter werden, dass Demenz zunimmt, dass künftig mehr Pflegebedarf bestehen wird – all das ist auch eine Herausforderung für die Kommune, für die Politik vor Ort. Doch was kann man eigentlich tun – hier in Bamberg? Darüber sprach die 99Z mit Wolfgang Budde, dem Vorsitzenden der A.R.G.E. (Arbeitsgemeinschaft der älteren Bürger Bambergs), der in dieser Funktion auch Mitglied im städtischen Seniorenbeirat ist.

„Im Moment ist die Situation okay“, stellt Wolfgang Budde fest und meint damit: „Es gibt letztlich keine leeren Plätze in den Seniorenheimen oder bei der ambulanten Pflege, es gibt aber auch keine Wartelisten.“ Also Anlass zum Zurücklehnen? Nein, keinesfalls. Wolfgang Budde, gelernter Sozialarbeiter und Hochschuldozent weiß: Es muss geplant werden für die kommenden Jahrzehnte, und deshalb sieht er das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept“, dessen 1. Teilbericht „Pflege“ im letzten Herbst vom Stadtrat beschlossen wurde, sehr kritisch.

Schon bei den Zahlen ist Budde nicht ganz einverstanden. Mit den genutzten statistischen Angaben errechnet das Konzept, das vom Senioren- und Generationenmanagement im Rathaus selbst erstellt wurde, wie viele pflegebedürftige alte Menschen es im Jahr 2030 wohl geben wird. So kommt es auf einen Mehrbedarf von 28 ambulanten Pflegekräften im Vergleich zu heute. „Wenn wir aber andere statistische Zahlen zugrunde legen, etwa die vom prognos-Institut, dann sehen wir einen Mehrbedarf von über 300“, widerspricht Budde. Er hält das Jahr 2030 als Stichjahr und Ende des Planungshorizonts ohnehin für ungeeignet: „Denn die geburtenstarken Jahrgänge kommen dann erst in ihre 70er Lebensjahre und werden erst nach 2030 einen großen Unterstützungsbedarf verursachen.“

Werden Seniorenheime zu Siechenhäusern?

Massive Auswirkungen vor Ort erwartet er auch von dem 2. Pflegestärkungsgesetz, das ab 2017 in Kraft tritt. Denn nach dem Prinzip „ambulant vor stationär“ werden dort die Sätze für Menschen in den Pflegestufen 1 und 2 so gekürzt, dass sich viele Menschen das Wohnen im Heim nicht mehr leisten können werden. „Dieses Prinzip ist zwar grundsätzlich richtig. Aber Menschen wollen die Wahl haben, wie sie ihr Alter gestalten“, so der Sozialexperte. Und dadurch werde der heute schon spürbare Fachkräftemangel im ambulanten Bereich zusätzlich verschärft. Stationär würden dann nur noch

schwere und schwerste Pflegefälle aufgenommen. In der Branche, so Budde, befürchte man bereits, dass Seniorenheime zu „Siechenhäusern“ werden, mit allen Belastungsfolgen für das dort arbeitende Personal.

Fachkräftemangel also auch in Bamberg. Was kann man konkret dagegen tun? Die Antwort des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts lautet: „Imagekampagne“. Dem kann der A.R.G.E.-Vorsitzende insoweit folgen, als die Pflegekräfte tatsächlich mehr gesellschaftliche Anerkennung verdient haben. Aber diese von der Stadt geplante Kampagne hat nach seiner Ansicht einen auffälligen Schönheitsfehler. „In ihren eigenen Altenheimen der Sozialstiftung hat die Stadt gerade erst eine Personal-gGmbH für die Angestellten gegründet, über die öffentliche Tarife unterlaufen werden und massiv beim Lohn für Pflegekräfte gespart wird. Das ist gerade das Gegenteil von Anerkennung. So etwas passt nicht zusammen!“

Konzept ohne Geld und Visionen

Den Sparteufel sieht Wolfgang Budde überhaupt als Mitautor des Konzepts. „Alle vorgeschlagenen Maßnahmen können mit dem vorhandenen geringen Budget finanziert werden. Das Konzept verlangt null Mehrausgaben. Es bestätigt im Grunde all das, was es jetzt schon gibt, und gibt sich zufrieden.“

Die A.R.G.E. vermisst im Gesamtkonzept eine fachlich herausfordernde Vision, die den notwendigen Anstrengungen Richtung und fachliche Legitimation gibt. Das ist in anderen Städten durchaus zu finden. In Nürnberg etwa werden von der Stadt derzeit Seniorennetzwerke in den Stadtteilen aufgebaut, es gibt Quartiersbudgets. „Genau so etwas brauchen wir hier auch: Räume in den Stadtteilen, Personal für die Betreuung stadtteilbezogener Netzwerke, Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, Selbsthilfegruppen usw.“ Vereinzelt gibt es stadtteilbezogene Initiativen zwar auch schon in Bamberg, aber laut Wolfgang Budde ist das ein „unübersichtlicher Fleckerlteppich“. Er stellt sich das flächendeckend und



Foto: Africa Studio / www.fotolia.de

strukturiert vor.

Und nicht nur das, auch die Verwaltung sollte man dahingehend umbauen: stadtteilbezogen und zielgruppenübergreifend – so heißt das im Fachjargon. Und es meint: Die im sozialen Bereich arbeitenden Ämter im Rathaus kümmern sich nicht hier um Alte, da um Jugendliche, hier um Alleinerziehende und da um Menschen mit Behinderung, sondern in jedem Stadtteil gleichermaßen um alles.

Konkretes Beispiel: Oma Müller kommt nach einem einmorgigen gut überstandenen Schlaganfall aus der Klinik wieder zurück in ihre Wohnung. Ein Sozialarbeiter ist darüber informiert und setzt sich mit der Tochter in Verbindung. Er kennt sich in den Netzwerken des Stadtteils bestens aus und kann so zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort in Gang setzen. Ergänzend werden ambulante Profi-Hilfen durch Pflege, Essen auf Rädern usw. in die Spur gesetzt. Oma Müller wird nicht allein gelassen, die Hilfe aber verteilt sich auf viele Schultern. Auch das wäre eine Antwort auf den bevorstehenden Fachkräftemangel, denn gute wohnortnahe Strukturen gelten als Entlastung für eben diese Fachkräfte.

Pflegeberatung ist nicht unabhängig

Auch für eine unabhängig Pflegeberatung, wie sie eigentlich sogar gesetzlich vorgeschrieben ist, in Bamberg aber nicht existiert, würde Budde gerne Geld locker machen. Derzeit kann man sich zwar in Sachen Pflege durchaus beraten lassen, aber nur von den Trägern selbst, also eben nicht neutral, sondern interessengebunden. Im seniorenpolitischen Konzept wird das ebenfalls kritisch konstatiert.

Mehr fördern könnte die Stadt auch experimentelle Wohnformen, meint Budde. Nach seiner Beobachtung gibt es immer mehr älter werden-

de Frauen, die sich ihre Wohnung nach dem Tod des Mannes und der verfügbaren Rente nicht mehr leisten können. „Seniorinnen-WGs sind da eine passende Antwort. Warum sollte es nicht auch in Bamberg eine Nachfrage geben? Die Stadt könnte Interessentinnen zusammenbringen.“ Budde versteht es deshalb nicht, dass die 6-Zimmer-Wohnungen der Stadtbau GmbH in der Pines-Housing-Area angeblich nicht vermietbar sind und nun verkleinert werden sollen.

Und er empfiehlt für den nächsten Teilbericht des „Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts“, der bald folgen soll, die Bürger und Bürgerinnen als ihre eigenen Alltagsexpert*innen ernster zu nehmen. Sie wurden für die Erstellung des ersten Teilberichts überhaupt nicht befragt. Guter Tipp, gerade für den 2. Teilbericht, dessen Thema lauten soll: „Beratung und Teilhabe“

Immer aktuell
www.gaznet.de

MUSSÄROL
Bamberger Kräutergärtnerei

Gewürz- und Teekräuter
Duft-, Aroma- und Heilpflanzen
Jetzt: sonnengereifte Bio-Tomaten!

Hofladen mit Schaukräutergarten geöffnet:
April – Oktober

Mi 14 – 18 Uhr
Fr 10 – 18 Uhr
Sa 9 – 14 Uhr

Kräuter- und Gärtnerstadtführungen

Nürnberg Str. 86
Bamberg
0951-22023
www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau

GALiges Gefährliche Krankheit „vermis rotationis“ bedroht Oberbürgermeister

Als Oberhaupt einer Stadt hat man mit Problemen zu kämpfen, deren Tragweite, deren Schwergewicht, ja deren Niederschmetterungspotential man als einfacher Bürger oder einfache Bürgerin gar nicht ermessen kann. So hatte unser Oberbürgermeister über Monate mit der Frage zu kämpfen, in welche Richtung die beiden Bänke am Schönleinsplatz (Nähe Gaststätte Luitpold) ausgerichtet sein sollen. Sie standen mit dem Rücken zu Grünfläche.

Von Bürgerseite kam der Wunsch, sie um 180 Grad zu drehen, also mit Blick zur Wiese. Dem wurde entsprochen. Doch dann kamen Beschwerden anderer Anlieger*innen, die sich nun darüber beschwerten, dass bei feuchtem Rasen und Pfützenbildung im Fußbereich der Bänke diese nicht mehr benutzbar seien. Daraufhin wurden die Bänke wiederum um 180 Grad zurückgedreht.



Bank am Schönleinsplatz – infamer Virusträger.
Foto: sys

Der Oberbürgermeister prüfte auch den Vorschlag, Pflasterplatten im Fußraum der Bänke anzubringen, um es bei den ersten 180 Grad belassen zu können. Er spürte bereits, wie sehr ihm die Orientierungslosigkeit der Bänke seelisch zu schaffen machte. Doch dem widersprach nun wieder das Gartenamt, das seine Rasenmäh-Tätigkeit auf der Grünfläche durch Pflasterung inakzeptabel beeinträchtigt sah.

Der angesichts des Drehschwindel schon gar nicht mehr starke Rathaus-Chef glaubte sodann an die endgültige Überwindung der Bänke-Rotation, da trat unerwartet FDP-Stadtrat Martin Pöhner mit einem neuerlichen Antrag auf den Plan: Bitte Bänke drehen mit Blickrichtung Grünfläche.

Gefasst und mit äußerster Selbstkontrolle erklärte der Oberbürgermeister in einem Schreiben den komplizierten vielschichtigen Sachverhalt und bat flehentlich, nach zweimaligem Drehen um jeweils 180 Grad nicht durch neuerliche Drehung sich zwangsläufig anschließende gegenläufige Drehungswünsche auszulösen.

Man kann sehen, welch ungeahnte gesundheitliche Gefahren so ein Job im Rathaus birgt. Vor der nicht zu unterschätzenden Erkrankung mit dem „vermis rotationis“ (umgangssprachlich Drehwurm) sollte sich ein Oberbürgermeister schwer in Acht nehmen.

Obwohl ... ähm ... der GAL-Stadtratsfraktion juckt schon teuflisch ein Antrag in den Fingerspitzen: Drehung der Bänke um ... 360 Grad!

sys

A.R.G.E.

Arbeitsgemeinschaft der älteren Bürger Bambergs
<http://www.alter-werden-in-bamberg.de/>

Aus den Augen

Bald soll es einen Shuttle-Bus geben, der die ARE mit der Innenstadt und dem Klinikum verbindet. Die Vermutung liegt nahe, dass damit auf Beschwerden aus der Bevölkerung reagiert wird, weil ARE-Bewohner*innen die öffentlichen Stadtbusse, insbesondere die Linie 902, nutzen. Die Benutzung des Bus-Shuttles soll kostenlos sein. Zu erwarten ist aber, dass für die Finanzierung des Bus-Shuttles den Flüchtlingen das Taschengeld entsprechend gekürzt wird und zwar egal, ob und wie oft sie Bus fahren oder nicht. ARE-Bewohner*innen werden also künftig kaum mehr in Stadtbussen zu finden sein, und ihnen werden auch nur zwei Ziele in der Stadt verordnet: Klinikum und Innenstadt. Ein Stück Selbstbestimmung weniger und Abschottung mehr.

Auch die Birkenallee soll künftig möglichst „flüchtlingsfrei“ gehalten werden. Obwohl gerade erst ein neuer Container für das Wachpersonal am Eingang zur ARE aufgestellt wurde, soll der schon bald wieder verlegt werden. Weil sich Anwohnende über zu viele Flüchtlinge auf der Straße und dem Gehweg vor ihren Häusern beschwert haben, wird das alte Army-Gate am Ende der Birkenallee als Zugang geschlossen und ein neuer Fußgänger-Eingang an der Ecke zur Pöldorferstraße geschaffen. Der vorhandene Zaun muss entfernt, ein Tor mit Weg dahin angelegt und besagter Security-Container aufgestellt werden. Auch für die Flüchtlinge ist ein Zugang an dieser Stelle bequemer, was aber mit Sicherheit nicht der Grund für die Maßnahme ist. Motorisierter (Liefer)Verkehr hingegen fährt weiterhin über die Birkenallee.

Pseudo-Schule

Nachdem man – einige Monate nach Eröffnung – begann, Balkan-Flüchtlinge aus ganz Bayern in die ARE überzusiedeln, trafen hier auch Kinder ein, die länger als drei Monate in Deutschland waren, unter die Schulpflicht fielen und bereits anderswo Regelschulen besucht hatten. Unter ihnen waren Kinder mit sehr guten Deutschkenntnissen. Die danach eingerichteten „schulischen Maßnahmen“ umfassen inzwischen zwei Schulstunden Unterricht pro Tag für jedes Kind. Es gibt dafür zwei Lehrkräfte. Deutsch wird nicht unterrichtet. Es wird viel gebastelt und gemalt, sporadisch werden auch Mathe und Physik unterrichtet. Die Schule wird von den meisten Kindern nicht ernst genommen, allenfalls als Bepassung gesehen. Viele gehen gar nicht hin, zum Teil auch, weil sie wegen der engen Belegung der Wohnungen keine ausreichende Nachtruhe haben. Die Anwesenheit wird

nicht kontrolliert, wie dies die Schulpflicht erfordert. Die bayerische Staatsregierung stellt sich offiziell auf den Standpunkt, dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht zur Beschulung Genüge getan hat.

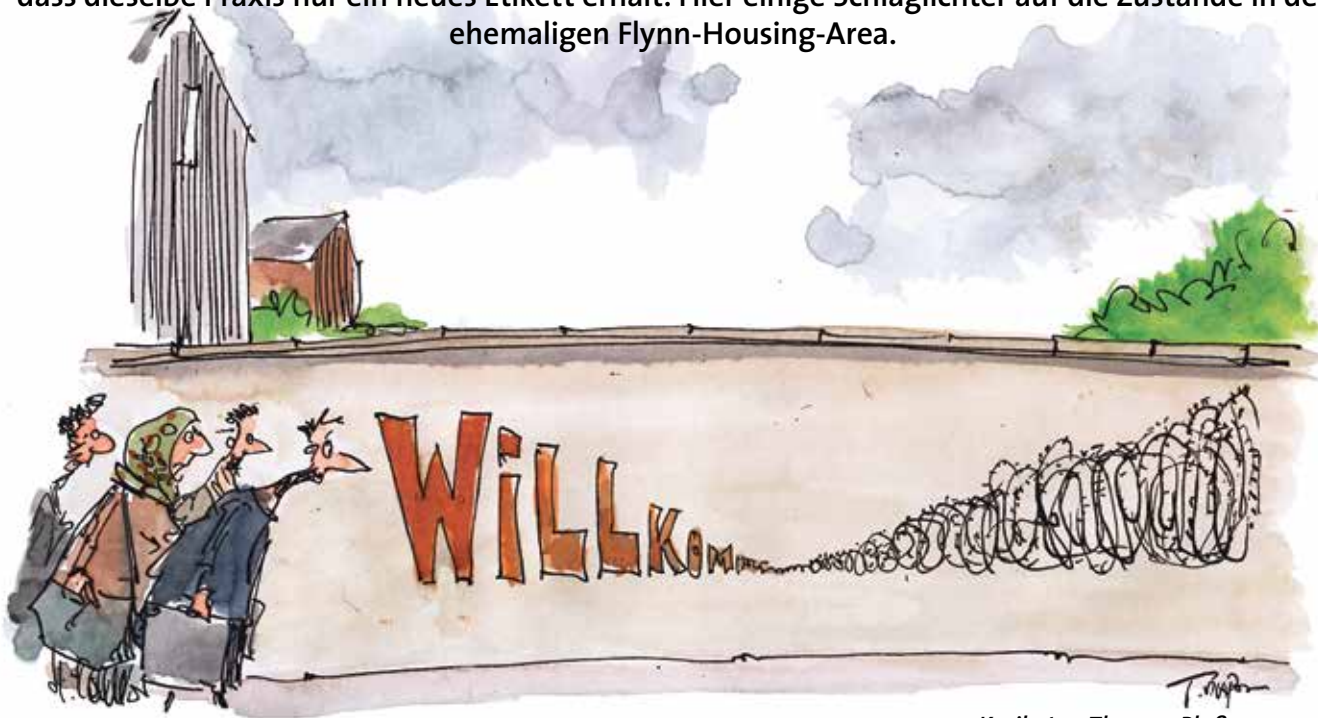
Dass dem nicht so ist und man das in München auch sehr genau weiß, zeigt der jüngste Fall aus Manching, wo es eine zweite ARE in Bayern gibt. Dort setzte ein Rechtsanwalt im Mai für drei Kinder den Besuch einer Regelschule durch. Sie erhielten vom Kultusministerium eine Ausnahmegenehmigung, um ein Gerichtsurteil und somit einen Präzedenzfall zu verhindern. Die bayerische Staatsregierung plant allerdings ein Landesgesetz, in dem die Schulpflicht für Aufnahmeeinrichtungen generell entfällt, egal wie lange die Kinder sich dort befinden. Ein klarer Verstoß gegen das Verbot von Diskriminierung und Ungleichbehandlung und gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Medizinische Versorgungslücke

Es gibt eine Ambulanz in der ARE, in der täglich für ein paar Stunden ein Arzt oder eine Ärztin praktizieren, einmal in der Woche auch ein Kinderarzt. Darauf sind die ARE-Bewohner*innen angewiesen, denn eine freie Arztwahl haben sie nicht. Am Wochenende und an Feiertagen sowie abends und nachts hingegen gibt es keine medizinische Versorgung, da kein Vertragsverhältnis mit der kassenärztlichen Vereinigung als Vertretung der niedergelassenen Ärzte besteht. Der Bereitschaftsdienst kann also nicht konsultiert werden. So wird auch ein eher einfach zu behandelndes Problem künstlich schnell zum Notfall konstruiert und ein Sanitätswagen geholt bzw. die Notaufnahme im Klinikum beansprucht.

Schlaglichter auf die ARE

Das System der Ankunfts- und Rückführungseinrichtung für Balkanflüchtlinge ARE – ein System der Abschottung und Abschreckung – wird immer weiter ausgebaut und verfeinert. Nichts deutet auf Besserung für die Bewohner*innen hin. Ob die bevorstehende Umwidmung des „Balkanlagers“ mangels Balkanflüchtlingen in eine „Besondere Erstaufnahmeeinrichtung“ für andere Geflüchtete mit geringer Bleibeperspektive daran etwas ändern wird, ist mehr fraglich. Es steht zu befürchten, dass dieselbe Praxis nur ein neues Etikett erhält. Hier einige Schlaglichter auf die Zustände in der ehemaligen Flynn-Housing-Area.



Karikatur: Thomas Pfaffmann

Gewaltschutzkonzept? Fehlanzeige

Aufgrund einer Verpflichtung durch die EU erstellte der unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs ein Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte. Es wird in der ARE in so gut wie keinem Punkt eingehalten. Zum Beispiel gibt es keine separate Unterbringung von allein stehenden Müttern mit ihren Kindern, keine geschlechtergetrennten Duschmöglichkeiten, keine Ansprechperson für die Flüchtlinge, keine Kooperation mit einer Beratungsstelle, keinen Notfallplan. Es gibt nicht einmal die Möglichkeit, sein Zimmer abzusperrern, ebenso wenig wie die Wohnungstüre – die Schlösser sind entweder ausgebaut oder alle Schlüssels sind bei der Hausverwaltung unter Verschluss.

Keine Ausreise – kein Taschengeld ... und umgekehrt!

Bislang erhielten alle Geflüchteten in der ARE das so genannte „Taschengeld“ zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums (gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012) alle 14 Tage bar ausbezahlt. Dieses Geld ist für den „persönlichen Bedarf“ gedacht, z.B. Telekommunikation, Zigaretten, Süßigkeiten für Kinder, Busfahrkarten etc. Seit kurzem erhalten Asylsuchende mit negativem Bescheid nach Ablauf der Klagfrist von

einer Woche überhaupt kein Bargeld mehr. Laut neuesten Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes wird ihnen ein „persönlicher Bedarf“ pauschal nicht mehr zuerkannt. Inwieweit dies der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entspricht, kann bezweifelt werden. Gleichzeitig wird von den Ausreisepflichtigen verlangt, dass sie ihre Ausreise selbst finanzieren, wenn sie zum zweiten Mal ausreisepflichtig werden (also schon einmal ein Asylverfahren abgelehnt wurde, egal, wie lange das her ist). Das führt zu der kuriosen Situation, dass die Betroffenen dazu gezwungen wären, sich die Ausreise vom Taschengeld abzusparsen, das sie gar nicht mehr bekommen.

Beraten wird nicht!

Gegenüber dem Stadtrat Bamberg, Ehrenamtlichen und der Öffentlichkeit (Presse) sicherte die Regierung von Oberfranken bei Einrichtung der ARE eine „ausreichende Asylsozialberatung“ vor Ort zu. Bis heute existiert diese nicht. Auf alle Beschwerden diesbezüglich wurde mit Vertröstungen und leeren Versprechungen reagiert. Ohne Asylsozialberatung werden die Menschen vollkommen mit ihren Fragen zum Asylverfahren, zu ihrem Leben in Deutschland sowie ihren Zukunftsperspektiven allein ge-

lassen. Des Weiteren ist ohne Aufklärung über Rechte und Pflichten ein faires Asylverfahren nicht zu erreichen. Die ARE-Leitung beharrt in öffentlichen Verlautbarungen darauf, dass es ein „niederschwelliges Angebot“ an Asylsozialbetreuung gibt. Tatsächlich besteht dieses aus einem Hausmeister, der Albanisch spricht und einen Teil seiner Arbeitszeit für Dolmetschertätigkeit verwendet. Für die Übersetzung eines vom Verein „Freund statt fremd“ erstellten Informationsblatts zum Asylverfahren sah sich das BAMF nicht in der Lage.

Immer aktuell
www.gaznet.de

KAUFRAUSCH
Austraße 27 · 96047 Bamberg
Tel. 0951-23807 · www.kaufrausch-bamberg.de
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

Selbst erzeugter Strom billiger als von Ihrem Energieversorger!



- Unabhängigkeit von steigenden Strompreisen
- Sicherheit durch festen Strompreis - 25 Jahre lang

Wir haben 25 Jahre Erfahrung in der Erzeugung von Energie und über 2500 Solarprojekte realisiert

EBITSCHenergie technik GmbH - www.ebitsch-energie technik.de
96199 Zapfendorf - Bamberger Straße 50 - Tel. 09547 87050



EBITSCH
energie technik

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

NAH- UND FERN UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufruf
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Die 99Z stellt 10 kluge Fragen zum Bahnausbau

Wie ist das eigentlich ...

1 ... mit der Ablehnung jeglicher Ostumfahrung durch den Bamberger Stadtrat. Ist das bindend?

Jain! Der Stadtrat hat sich nur selbst politisch gebunden. Der Bauherr (Deutsche Bahn AG) und die Genehmigungsbehörde (Eisenbahnbundesamt) sind nach wie vor frei, den Trassensuchprozess auch im Osten fortzuführen. Der Stadtratsbeschluss ist nur eine Meinungsäußerung zum Bundesverkehrswegeplan. Das Planfeststellungsverfahren für das Bauprojekt hat noch gar nicht begonnen. Auch da kann Bamberg erneut eine Stellungnahme abgeben und baujuristische Einwände vorbringen, aber verhindern kann sie das Projekt so oder so nicht.

2 ... mit der Null-Variante? Bamberg kann doch beim Ausbau nicht einfach ausgespart werden, oder?

Doch, das wäre die so genannte „Fürther Variante“. Auch in Fürth gibt es ein Streckenstück, das nicht ausgebaut wird. Zwei unabhängige, von der Stadt beauftragte Gutachten haben festgestellt, dass über viele Jahre hinweg der aktuelle Verkehr und sogar beinahe eine Verdoppelung des Güterverkehrs ohne Probleme auf dem derzeitigen Gleisbestand abzuwickeln sind. Der ist nämlich im Vergleich zu anderen Streckenabschnitten heute schon relativ gut.

3 ... mit der Baustelle bei einem oberirdischen Bahnausbau durch die Stadt? Liegt da nicht alles lahm?

Das ist in etwa zu erwarten. Es wäre ein jahrelanger Prozess, der in Bauabschnitten durchgeführt wird. Man geht von ca. zehn Jahren aus. Vermutlich wird das die größte Baumaßnahme in Bamberg überhaupt. Und wie eine Operation am offenen Herzen.

4 ... mit den zusätzlichen Gleisen? Wo sollen die hin und was wird dafür abgerissen?

Beim so genannten „Viergleisigen Bahnausbau“ werden zwei vorhandene Gleise ertüchtigt und zwei weitere neu gebaut, nach den jetzigen Plänen östlich der bestehenden Trasse. Betroffen davon wäre ein denkmalgeschützter Ziegelbau der Firma Weyermann, ein ehemals unter Denkmalschutz stehender Lokscheunen der Bahn, der aber mittlerweile baulich nicht mehr zu retten ist, und einige marginale Gebäude wie Scheunen und Lagerbauten. Wohngebäude würden nicht abgerissen.

5 ... mit dem Lärmschutz? Gibt es den auf jeden Fall? Und wann?

Lärmschutz gibt es auf jeden Fall dann, wenn neue Gleise gebaut werden, das ist nach dem Bundesimmissionschutzgesetz vorgeschrieben, und zwar auf der gesamten Ausbaustrecke. Vorher gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf Lärmschutz, aber doch die Möglichkeit einen zu bekommen, zumindest an Teilstrecken. Vor allem in der Gereuth wäre ein so genannter vorgezogener Lärmschutz an der bestehenden Bahnstrecke dringend nötig und auch realistisch. Denn dafür hat der Bund vor Jahren extra ein Lärmsanierungsprogramm aufgelegt und dieses immer weiter aufgestockt. Bamberg ist zwar auch in der Liste der Sanierungsmaßnahmen enthalten, aber leider nur weit hinten. Die Stadt hat es bislang versäumt – immer mit Blick auf den angekündigten Ausbau in Bamberg –, hier mehr Druck zu machen. Ein Antrag der GAL von 2012 verpuffte leider. Da immer noch nicht klar ist, wann überhaupt mit einem ersten Spatenstich in Bamberg zu rechnen ist, sollte die Stadt endlich auch in diese Richtung aktiv werden.

6 ... mit den Lärmschutzwänden mitten durch die Weltkulturerbestadt? Gäbe es Alternativen?

Der Lärmschutz ist im Bundesimmissionschutzgesetz BImSchG geregelt, und wie er umgesetzt wird, in der Schallschutzrichtlinie „Schall 03“. Diese beiden zusammenhängenden Vorgaben wurden 2015 geändert. DB und Stadt

sind sich nun juristisch uneinig, ob die alte Fassung oder die neue anzuwenden ist, je nachdem, ob man das Planfeststellungsverfahren für den Bahnausbau in Bamberg als „Wiederauflage“ (DB) oder als „Neuaufgabe“ (Stadt) des Verfahrens aus den 90er Jahren interpretiert.

Würde man den Bahnausbau nach altem BImSchG und „Schall 03 alt“ planen, wären die Lärmschutzwände links und rechts neben den zwei neuen Gleisen – zumindest abschnittsweise – bis zu 5 m hoch und die Wand in der Mitte zwischen den Gleisen 6 m hoch. Da das Gleisbett vermutlich beim Bau zusätzlich um bis zu 1 m angehoben werden muss, bedeutet das in Relation zum umgebenden Stadtbild bis zu 7 m hohe Lärmschutzwände. Wer sich ein vergleichbares Bild machen will, kann das an der Bahnstrecke von Fürth nach Erlangen tun.

Im neuen BImSchG ist der so genannte Schienenbonus abgeschafft, es stellt also höhere Anforderungen an den Lärmschutz bei der Bahn. Die Lärmschutzwände müssen dadurch aber nicht zwangsläufig noch höher gebaut werden, denn die „Schall 03 neu“ lässt im Vergleich zur „Schall 03 alt“ auch innovative Lärmschutzmaßnahmen zu. Dazu gehören etwa Flüsterbremsen, Schienenstegdämpfer, Schallschutzwände direkt an den Gleisen in Zugradhöhe usw., d.h. vielerlei Alternativen zu den gefürchteten hohen Lärmschutzwänden. So ganz erprobt sind diese neuen Methoden aber noch nicht, und es herrscht in Fachkreisen auch plausible Skepsis über ihre Wirksamkeit.

So gesehen wäre es für Bamberg gut, wenn sich die Sache möglichst lange hinzieht und verzögert. Denn je mehr Zeit vergeht, desto weiter kommt die lärmreduzierende Umrüstung der DB-Güterzug-Flotte voran und desto mehr Praxiserfahrungen mit innovativen Lärmschutzmethoden gewinnt man. Andererseits sollte deshalb die Belastung des heute schon massiv betroffenen Bamberger Südens nicht noch weiter verlängert werden. Für die Gereuth ist sofortiger Lärmschutz zu fordern, es wären auch hohe Lärmschutzwände hinzunehmen.

Übrigens gäbe es auch ganz simple Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der Anwohnenden der Bahngleise in Bamberg: Einfach langsamer fahren. Aktuell sind nach dem Ausbau Durchfahrtsgeschwindigkeiten für ICEs mit 230 km/h und für Güterzüge mit maximal 160 km/h vorgesehen.

7 ... mit dem ICE-Halt? Ist der jetzt sicher oder nicht?

Der ICE-Halt – als System-Halt mit über den ganzen Tag verteilten Haltezeiten – ist zugesichert, weil er durch den Bedarf (Anzahl der Fahrgäste, die in Bamberg zu- und aussteigen) wirtschaftlich begründet ist. Ob das auch in 20 Jahren noch so ist, hängt nicht von der Ausbaustrecke ab, sondern von der Nutzung des ICE-Halts durch die Fahrgäste.

8 ... mit den Kosten? Muss die Stadt Bamberg die Finanzierung auch mittragen?

Nach dem Eisenbahnfinanzierungsgesetz muss sich die Kommune bei den Brücken und Unterführungen mit einem Drittel beteiligen. Das bezieht sich nur auf die Wiederherstellung des vorigen Zustands. Wünscht sich die Kommune irgendeine Verbesserung, z.B. eine breitere Brücke oder eine höhere Unterführung, dann muss sie die gesamten Mehrkosten selbst tragen. Eine solche Aufwertung kann auch gesetzlich vorgeschrieben sein, und auch dann muss die Kommune zahlen. In Bamberg trifft das auf nahezu alle Unterführungen zu. Wenn eine Straße in der Straßenhierarchie als Hauptverkehrsachse einzuordnen ist, dann sind bestimmte Spurbreiten und Durchfahrthöhen einzuhalten, also Standards, die aktuell bei den Unterführungen heute noch nicht eingehalten werden. Die

Mehr Infos auf www.stadt.bamberg.de
> Leben in Bamberg > Bauen, Planen, Wohnen > ICE-Ausbauplanung



Im Jahr 2011 wurde erstmals klar, dass der Bahnausbau durch Bamberg hohe Lärmschutzwände mit sich bringen würde, die sogar das Weltkulturerbe bedrohen könnten. Bei einer Aktion im Februar demonstrierte die GAL an der Unterführung Geisfelder Straße mit Hilfe einer Latte das Ausmaß von fünf Meter hohen Lärmschutzwänden (4 m Latte + 1 m hohes Gelände). Foto: Erich Weiß

Anpassung muss die Stadt Bamberg als Straßenbaulastträgerin dann also selbst finanzieren. Man rechnet mit einem zweistelligen Millionenbetrag, genauere Zahlen sind nicht bekannt. Auch bei der Tunnellösung könnten Kosten auf die Stadt zukommen, siehe Frage 9.

9 ... mit der Tunnel-Lösung? Ist die überhaupt finanzierbar? Und kann man mitten durch die Stadt einen Tunnel bauen?

Der Tunnel für die zwei neuen Gleise würde in bergmännischer Bauweise verwirklicht, also wie ein Maulwurf unter der Stadt durch. Die Strecke verlief dann unter den bestehenden Gleisen. Technisch ist das möglich, aber teuer – insbesondere, weil man unter allen unterirdisch verlegten Leitungssystemen durch muss. Möglicherweise muss man auch unterhalb des Grundwasserspiegels graben, was das Bauprojekt nochmals verteuern würde. Und auch die bestehenden Straßenunterführungen sind ein Problem: Entweder man muss auch unter sie hindurch, oder stattdessen neue Überführungen bauen – mit entsprechenden Kosten und Folgen für das Stadtbild.

Wenn die Stadt diese Variante favorisiert, könnte es sein, dass sie sich an solchen Mehrkosten (im Vergleich zu einem oberirdischen Ausbau) beteiligen muss. Die Kosten für den oberirdischen Ausbau werden derzeit mit 800 Mio Euro angesetzt, die für den Tunnelausbau mit 35% mehr, also ca. 1,1 Mrd., was aber wegen vieler Unwägbarkeiten noch eine sehr vage Angabe ist.

Ohne oberirdische Baustelle wird man auch bei der Tunnel-Variante nicht auskommen, denn zwei Bestandsgleise sollen ja auf der ganzen Strecke baulich ertüchtigt werden. Am

Bamberger Stadteingang von Süden her sollen diese außerdem zusammen mit den Neubaugleisen in einem Schacht tiefer gelegt werden und erst weiter nördlich, wenn die neuen Gleise im tiefen Tunnel verschwinden, wieder nach oben führen.

10 ... mit dem Start der ganzen Aktion? Wann geht es überhaupt los?

Dazu kann man nur spekulieren. Beim ersten Planfeststellungsverfahren in den 90er Jahren ging man auch schon davon aus, dass es bald losgehen würde. Das jetzt neu aufgelegte Planfeststellungsverfahren hätte schon letztes Jahr starten sollen, dann wurde es auf 2016, aktuell auf 2017 verschoben. Allein das Verfahren selbst wird ca. fünf Jahre dauern, erst dann könnte man überhaupt mit Ausschreibungen beginnen.

Was aber noch gravierender ist: Die Maßnahmen, die aktuell im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind (und es kommen ja bei jeder Fortschreibung neue hinzu), haben ein Finanzvolumen, das dem Etat für Verkehrsinvestitionen der kommenden 50 Jahre entspricht. Es hängt also stark davon ab, welche Prioritäten bei der Mittelvergabe gesetzt werden. Aktuell stehen große – für die Bahn vordringliche und teure – Projekte an vielen Orten in der Republik an (Stichwort Stuttgart 21), die Finanzmittel in großem Ausmaß binden. Wir haben Aussagen aus dem Bundestag, die davon ausgehen, dass in Bamberg nicht vor 2030 gestartet wird.

Die Antworten gaben Ursula Sowa, GAL-Mitglied im „Koordinierungskreis Bahnausbau“ der Stadt Bamberg, und Peter Gack, verkehrspolitischer Sprecher der GAL-Stadtratsfraktion.

Wohn Wunder Wach Küssen



Bunte Papphäuser am Bauzaun dokumentierten im Mai die Wohnwünsche der Wunderburger Bürger*innen bei einem Flashmob der GAL. Sie könnten ganz konkret werden, denn das Glaskontor-Gelände wartet geradezu darauf, für Wohnwunder wachgeküsst zu werden, so auch der Titel der Aktion.

Vor allem interessierte Anwohner*innen aus der direkten Umgebung, zum Teil seit Jahrzehnten in der Wunderburg ansässig, fanden sich in der Erlichstraße ein. Seit langem warten sie darauf, dass sich etwas tut. Doch inzwischen hat die Stadt fast das ganze Gelände gekauft, im nächs-

ten Jahr soll mit dem Bau eines Wohn- und Gesundheitszentrums begonnen werden und Einzelhandel entstehen. Doch die GAL fordert mehr:

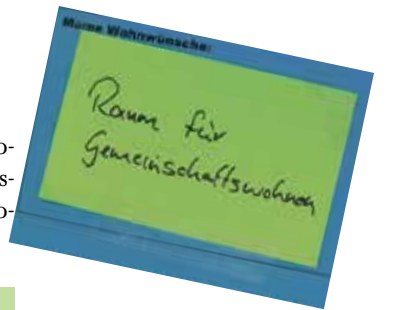
Kaufverhandlungen mit den restlichen Eigentümern schnellstmöglich abschließen.

Mit der Blockrandbebauung entlang der Hedwigstraße sofort beginnen, denn die Grundstücke sind schon städtisches Eigentum.

Mittel aus dem „Wohnungspakt Bayern“ für sozialen Wohnungsbau abrufen.

Mehr bezahlbare Mietwohnungen, weniger Einfamilien-Reihenhäuser planen.

Raum für Wohnprojekte, Genossenschaftswohnungen, Bauherrenmodelle usw.



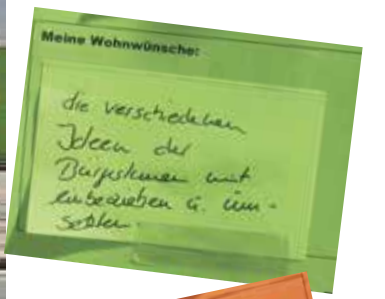
Kleine Chronologie: Vom Glaskontor zum Ulanenpark

- × Anfang 90er Betriebseinstellung der Firma Glaskontor
- × 1994 städtebaulicher Ideenwettbewerb
- × 1995 Start Bebauungsplanverfahren auf Grundlage des 1. Preises
- × 1998 Beschluss Bebauungsplan
- × 2010 Stadt erwirbt Firmengelände Glaskontor
- × 2011 EU-weite Ausschreibung Projekt-Entwickler und Start eines neuen Bebauungsplanverfahrens
- × 2013 keine Einigung mit einzigem Bewerber für Projekt-Entwicklung, Stadtrat beschließt das Gelände in Eigenregie zu entwickeln
- × 2016 Erweckungsküsse???



Flash-Mob am Glaskontorgelände.

Foto: sys



COPY SHOP 30 Jahre

Klimaneutraler Druck mit dem **Latex-drucker** 4-farbig (91,4 cm breit) 205 g Fotoglossypapier

24,00€/qm

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg
Tel. 0951-982120
info@copy-shop-bamberg.de
tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr
Notdienst Telefon 0170 -6163532

impressum

Die **g9Z** wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Charlotte Flügel (fc), Julian Fuchs, Petra Friedrich, Harald Rink (Har), Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa.

Verantwortliche Redakteurin: (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Tobias Rausch (tra), Peter Gack

Gastautor: Anton Zahneisen
Gestaltung: Erich Weiß Verlag, Bamberg
Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG
Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt, www.gal.bamberg.de
Auflage: 20.000
Nr. 83 / Juli 2016
Die **g9Z** wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

g9Zeuse

was Sie im FT nicht lesen können

Wissenschaftlich tiefenentspannte Bildungskompetenz?

Was im FT zu lesen war: Dass in einem Interview der CSU-Kreisvorsitzende Dr. Christian Lange eine wissenschaftliche Studie erwähnt, die angeblich belegt, dass die Bürger*innen der CSU Bamberg die höchste Bildungs- und Wirtschaftskompetenz zusprechen. Soso! Hört, hört! Was nicht im FT zu lesen war: Wer die Studie gemacht hat, in wessen Auftrag, mit welcher wissenschaftlichen Methodik und auf welcher Forschungsbasis – und vor allem, wo und wie die Studie veröffentlicht wurde.

Die GAL hat natürlich umgehend nachgefragt und dem Herrn Dr. Lange einen freundlichen Brief geschrieben. Den wollte er dann lieber nicht schriftlich beantworten, sondern sagte mündlich der GAL-Fraktionsvorsitzenden, die CSU Bamberg habe diese Studie in Auftrag gegeben und bezahlt („wir haben es uns was kosten lassen“). Zugänglich wollte er die Studie ebenso wenig machen wie die

Ergebnisse, und zur Methodik gab er das Stichwort „Umfra-ge“.

Über so eine generös-flockige Auslegung des Begriffs „wissenschaftlich“ kann man sich auch nur wundern, insbesondere bei dem promovierten ... ähem ... Wissenschaftler Dr. Lange.

Denn in zahlreichen Lehrbüchern zum wissenschaftlichen Arbeiten findet man Kriterien für wissenschaftliche Studien. Häufig folgt man der Wissenschaftstheorie Karl Poppers, der u.a. die Forderung erhob, dass wissenschaftliche Aussagen kritisierbar zu formulieren sind, dass sie der Kritik durch andere ausgesetzt sind (Popper 1966, S.47–59)^[1]. Zu dieser Kritisierbarkeit gehört auch, klarzumachen, mit welchem Vorgehen und mit welchen empirischen Methoden Forschende zu ihren Aussagen gelangt sind. Es braucht also Informationen darüber, wer befragt wurde und welche anerkannten methodischen Standards angelegt wurden, um zu

den Ergebnissen zu gelangen. Dies trägt insbesondere dazu bei, die wissenschaftlichen Ergebnisse einer Studie nachvollziehbar, rekonstruierbar und damit auch kritisierbar zu machen. Das geht nur, wenn nicht nur die Ergebnisse referiert werden, sondern auch der Weg dahin erklärt wird.

Die Interview-Aussage von Dr. Lange liegt auf dem Niveau „die Leut ham g'sacht ...“ und ist damit nicht mehr als pseudo-wissenschaftlich aufgehübschtes Gerede.

Wobei es – wenn man länger drüber nachdenkt – schon interessant wäre, was die so genannte Studie (wie auch immer sie entstanden sein mag) ergeben hat. Offenbar doch eher nichts, was die CSU gerne ungefiltert in der Öffentlichkeit sehen möchte.

tra/sys

[1] Popper, K.R. (1966). Logik der Forschung (2. Auflage). Tübingen: Mohr (Siebeck). (Erste Auflage: 1935)

GAL YouTube-Kanal

